

PRESSEMITTEILUNG

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KV NECKAR-BERGSTRASSE

Gegen neue Richtlinie der Europäischen Union:

Grüne fordern Schutz der kommunalen Wasserversorgung

Eine neue Konzessionsrichtlinie der EU-Kommission sorgt für Aufregung. Viele Kommunen und Stadtwerke sehen dadurch die Gefahr, dass Trinkwasser zur Handelsware und die bisherige kommunale Grundversorgung der Bevölkerung in Frage gestellt werden könnten. Rund 1,5 Mio. Menschen haben aus diesem Grund mittlerweile die Europäische Bürgerinitiative „Right2water“ unterstützt. Die Bergsträßer Grünen an der Bergstraße forderten auf ihrer jüngsten Mitgliederversammlung, dass Wasserversorgung auch künftig eine Aufgabe der Kommunen und der Stadtwerke bleiben muss und sprachen sich gegen jede Form von Privatisierung aus. Der Landtagsabgeordnete Uli Sckerl erläuterte die geplante Richtlinie. „Die EU-Kommission will mit der Konzessionsrichtlinie Dienstleistungen ausschreiben lassen, die bisher bei uns von den Kommunen erbracht werden konnten. Damit müssten künftig grundsätzlich alle Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge europaweit ausgeschreiben werden. So wird Wasser zur Handelsware“, warnte Sckerl. Nach heftigen Protesten von Bürgern seien inzwischen wenige Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht vorgesehen, so z.B. wenn ein Stadtwerk 80% seines Wasserumsatzes in einer Kommune erwirtschaftete. Wenn sich der Umsatz aber auf mehrere Gemeinden verteile, würde eine Ausschreibung nötig. Die Grünen machten deutlich, dass eine dezentrale bürgernahe Versorgung ohne Alternative sei. Beispiele aus dem europäischen Ausland zeigten die negativen Folgen der Privatisierung der Wasserversorgung, so in England und Portugal, aber auch in einzelnen deutschen Städten wie Potsdam: „Höhere Kosten für die Haushalte, schlechtere Qualität der Wasserversorgung“, so Sckerl weiter.

Die Grünen sehen die Gefahr für die Kommunen und die Versorgung vor Ort mit dem Einlenken der EU-Kommission nach den heftigen Bürgerprotesten noch nicht gebannt: „Auch mit den Modifizierungen des zuständigen EU-Kommissars müssten noch 400 Stadtwerke in Deutschland die Wasservergabe europaweit ausschreiben, 40 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg wären betroffen.“

Diese möglichen negativen Konsequenzen hätten auch viele Bürgerinnen und Bürger erkannt und sind aktiv gegen die Richtlinie geworden. „Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union sind es dabei die Bürgerinnen und Bürger selbst, die Druck auf die politischen Entscheidungsträger ausüben. Das ist ein absolutes Novum!“ freuten sich die Bergsträßer Grünen. Mit der sog. „Europäischen Bürgerinitiative“ (EBI) sei nun auch direkte Bürgermitwirkung in der EU möglich. Die EBI ist dabei der erste demokratische Prozess, der zugleich direkt, digital und transnational ist. Um erfolgreich bei der Kommission Gehör zu

finden, müssen eine Million Unterschriften aus mindestens sieben EU Mitgliedsstaaten gesammelt werden. Die Initiative „*Right2Water*“ ist dabei die erste europäische Bürgerinitiative, die über eine Millionen Unterschriften sammeln konnte. Zwar sei bereits die nötige Gesamtzahl der Unterschriften erreicht, jedoch seien die nationalen Quoren lediglich in fünf Ländern erreicht. „Es müssen also noch Bürger in weiteren EU-Staaten motiviert werden, damit die EU-Kommission sich mit der Initiative beschäftigen muss. Die Frist zur Sammlung läuft noch bis November 2013. Mehr Informationen zur Initiative gibt es im Internet unter: ww.right2water.eu/de/node/37